

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

81. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 10. Dezember 2003

Überprüfung der Altersversorgung von Staatssekretären und Bundesministern

MdlAnfr

22

Petra Pau fraktionslos

Antw PStSchr Fritz Rudolf Körper, BMI

7092 j

ZusFr Petra Pau fraktionslos

7093 j

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms: (...)

Ich rufe die Frage 22 der Kollegin Petra Pau auf:

Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung bisher unternommen – wie vom Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, vorgeschlagen; vergleiche „Berliner Zeitung“ vom 27. Oktober 2003 –, die Altersversorgung von Staatssekretären und Ministern des Bundes zu überprüfen, und zu welchen Erkenntnissen und Ergebnissen ist die Bundesregierung bei diesen Prüfungen gekommen?

Fritz Rudolf Körper, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Herr Präsident, ich beantworte die Frage wie folgt: Die Übertragung der Änderungen in der gesetzlichen Rentenversicherung auf die Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter und Soldatinnen und Soldaten des Bundes wirkt unmittelbar auch auf den in der Frage angesprochenen Personenkreis. Darüber hinaus werden weitere Änderungen im Bereich der Versorgung der Mitglieder der Bundesregierung und der Parlamentarischen Staatssekretärinnen und Parlamentarischen Staatssekretäre des Bundes geprüft.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Eine Zusatzfrage, Frau Kollegin Pau, bitte schön.

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Staatssekretär, können Sie uns etwas über den Stand der Prüfungen und Vorarbeiten und vielleicht auch über die Zeitplanung bezüglich der Umsetzung in Gesetze sagen? Immerhin hat es die Bundesregierung und die Mehrheit in diesem Parlament geschafft, die Bezüge der Rentnerinnen und Rentner in historisch kurzer Zeit zu kürzen. Also müssten wir doch auch jetzt Tempo vorlegen, wenn es darum geht, unsere eigenen Bezüge zu kürzen.

Fritz Rudolf Körper, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Frau Kollegin, ich möchte Sie an die letzte Besoldungsanpassung im öffentlichen Dienst erinnern. Die Ministerinnen und Minister sowie die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre haben an der Besoldungsanpassung nicht teilgenommen. Ich erlaube mir, das in Erinnerung zu rufen, um Ihnen einmal deutlich zu machen, wie der Beitrag aussieht. Im Übrigen bleibe ich bei der Aussage, dass sich die Frage der Versorgung in der Prüfung befindet.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Eine weitere Zusatzfrage, bitte, Frau Pau.

Petra Pau (fraktionslos):

Mir ist sehr wohl bekannt, dass die Anpassung der Ministergehälter entsprechend dem öffentlichen Dienst nicht bzw. in abgeschwächter Form stattgefunden hat. Der Bundesaußenminister hat sich aber in der zitierten und nachgefragten Äußerung ganz deutlich auf die Altersbezüge und Pensionen bezogen. Daher frage ich Sie noch einmal: Welche Vorstellung hat die Bundesregierung, wie dieser Bereich in Zukunft konkret geregelt werden soll?

Fritz Rudolf Körper, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Sie wissen, dass beispielsweise in den Bereichen der Sonderzuwendungen und des Urlaubsgeldes auf Bundesebene für das Jahr 2004 folgende klare Entscheidungen zur Versorgung getroffen worden sind. Dies zeigt, dass auch in den Bereich der Versorgung der von Ihnen angesprochenen Personengruppe tief eingegriffen wird.